

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postfach 1010: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. Fernsprecher: Dönhofs 202 bis 207

Panik beim Fabrikbrand

Brand in der Greifswalder Straße / Arbeiter in Erstickungsgefahr

Ein gefährlicher Brand entstand heute vormittag in der Greifswalder Str. 13. Das Luegegebäude dieses Hauses beherbergt im ersten, zweiten und vierten Stock nicht weniger als drei Mühlenfabriken mit zahlreicher Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft geriet in Erstickungsgefahr und mußte von der Feuerwehr gerettet werden.

Aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache entstand in der ersten Vormittagsstunde in der im ersten Stock gelegenen Mühlenfabrik von Jins im Tuchlager dieses Betriebes ein Brand, der das Lager sofort in helle Flammen setzte. Unglücklicherweise befand sich dieses Tuchlager unmittelbar neben der Ausgangstür der etwa 100 Quadratmeter umfassenden Fabrikräume, so daß nicht nur der Belegteil der Weg ins Freie abgeschnitten war, sondern auch das ganze Treppenhaus in kurzer Zeit in so dicken Qualm gehüllt wurde, daß ein Durchkommen unmöglich war. Während das Feuer in der Mühlenfabrik von Jins immer weiter um sich griff, gerieten die darüber gelegenen Betriebe in nicht minder große Gefahr durch die ständig wachsende Qualmentwicklung. Die Arbeiter der Firma Jins sprangen, bevor noch die Feuerwehr eintraf,

in höchster Not aus den Fenstern auf ein kleines Glasdach, wo sie sich platt hinstellen mußten, um den aus den Fenstern schlagenden Flammen zu entgehen.

Die Feuerwehr hätte sie von hier mit Leitern herunter. Eine Frau, die sich beim Hinabspringen Schnittwunden am rechten Bein zugezogen hatte, mußte nach Anlegung von Rat-verbänden dem Krankenhaus zugeführt werden. Während die ersten Löschtrupps mit Rauchsauggerät drangen nach oben vor und brachten die beiden Arbeiter, die bereits erheblich unter der Einwirkung des Rauches gelitten hatten, noch rechtzeitig ins Freie. Die Abkühlung des Brandes gelang in verhältnismäßig kurzer Zeit mit zwei C-Rohren.

Das Feuer hätte nach Ansicht des Brandleitenden, Baurat Meyer, leicht zu einer ähnlichen Katastrophe führen können, wie vor Jahren bei dem Großfeuer in der Radiofabrik von Trojki in der Schönleinstraße. Daß die Rettungsmaßnahmen in vollem Umfange geglückt sind, ohne daß Arbeiter oder Arbeiterinnen von der starken Belegtheit der verschiedenen Betriebe ernstere Verletzungen erlitten haben, ist vor allen Dingen dem Umstand zu verdanken, daß die Wehr gleich mit genügenden Kräften anrückte und tatkräftig eingriff. Insgesamt haben vier Arbeiterinnen der Mühlenfabrik im ersten Stockwerk bei der Flucht über das Glasdach Verletzungen erlitten. Zwei Frauen brachen durch ein Glasdach und zerschneitten sich die Füße, zwei andere Arbeiterinnen büßen mit Verstauchungen bewußtlos liegen.

Stegerwalds Mission vergeblich

Morgen Schlichtungsverhandlungen im Ruhrgebiet.

Dortmund, 6. Januar. (II.) Reichsarbeitsminister Stegerwald hat seine Anwesenheit im Ruhrgebiet benutzt, um die strittigen Lohnfragen mit den beiderseitigen Verbänden und mit einzelnen führenden Persönlichkeiten aufs eingehendste durchzusprechen. Die Besprechungen haben jedoch eine Möglichkeit der Annäherung der beiderseitigen Standpunkte bisher nicht ergeben.

Das Schlichtungsverfahren wird daher am Mittwoch unter den Vorbehalt des Scheiterns seinen Fortgang nehmen. Die Reichsregierung hält trotzdem ihren Standpunkt ausrecht, daß eine gewalttätige Austragung dieses Konfliktes bei der gegenwärtigen Gesamtlage Deutschlands nicht zu verantworten wäre und wird ihre Bemühungen nach einer friedlichen Beilegung nachdrücklich fortsetzen.

Da die Kündigung der einzelnen Arbeitsverträge erst zum 15. Januar wirksam wird, bleibt hierfür auch noch hinreichend Zeit.

Gegen den Mörder Faschismus

demonstrieren wir alle, die wir uns morgen an dem Leichenbegängnis des ermordeten Genossen Willi Schneider beteiligen.

Kein Mann, keine Frau bleibt fern! Wir gehen alle mit!

Taifun über den Philippinen.

130 Todesopfer. — Schwere Sachschäden.
New York, 6. Januar.

Die Philippinen sind am Montag von einem verheerenden Taifun heimgesucht worden. In dem Sturm kamen nach vorläufigen Schätzungen mehr als 100 Personen ums Leben, während etwa 500 verletzt wurden. Der Sachschaden, der auf der Insel Leyte angerichtet wurde, wird auf 500 000 Dollar geschätzt. Auf der Insel Cebu soll ein Schaden in Höhe von 250 000 Dollar verursacht worden sein. Zahlreiche Fischerboote sind in dem Sturm gesunken, andere werden vernichtet. Telefon- und Telegraphenleitungen sind vielerorts unterbrochen, so daß Einzelheiten über den Umfang der Katastrophe nur sehr langsam einlaufen.

Nach den letzten Meldungen hat die Katastrophe 130 Todesopfer in den Gewässern der Inseln Cebu und Iloilo gefordert, wo dreißig Fischerboote kenterten. Sämtliche Inseln ertranken. Im Hafen von Cebu sanken drei Dampfer, ein Motorschiff und zwei Barkassen. Fünf größere Schiffe sind gestrandet. Auf der Insel Leyte hat der Wirbelsturm die gesamte Kotoserne vernichtet und schweren Sachschaden angerichtet.

Zwölf Flugboote fliegen nach Brasilien.

Rom, 6. Januar.
Das italienische Ozeanfluggeschwader von 12 Flugbooten ist in der vergangenen Vollmondnacht unter Führung des Generals Balbo in Bolama (Portugiesisch-Guinea) um 1 Uhr 10 Minuten örtlicher Zeit (3.10 Uhr MEZ.) zu seinem Flug nach Port Natal (Brasilien) gestartet.

Die armen Bedrohten



Was — mit den gleichen Waffen will das Reichsbanner uns bekämpfen, mit denen wir es anoreifen? Das ist eine offensichtliche Drohdrohung!

Ein neuer Hafenkreuzmord.

Ein Arbeiter in Braunschweig niedergeschossen.
Braunschweig, 6. Januar. (Eigenbericht.) In dem Orte Luerbissen wurde dem nachts heimkehrenden Arbeiter Meinecke, dem politische Gegner „einen Denkzettel verabsolgen“ wollten, von drei Nazis aufgelauert. Da er sich zur Wehr setzte, schoß einer der Hafenkreuzler den Arbeiter mit einem Revolverstich nieder. Der Schuß drang durch die Backe in den Kopf. Der Lieberfallene wurde erst geraume Zeit später von Arbeitskollegen im Bluteschwimmend aufgefunden. Sein Zustand ist hoffnungslos.

Sabotage der Osthilfe.

Eine Wohnung Brünings und ihr Echo.

Der Reichszentralrat hat gestern auf seiner Ostreise in Schneidemühl mit den Vertretern der Provinz Grenzmark gesprochen. Er hat dabei kritische Worte gebraucht. So führte er aus:

„Die Regierung habe von Monat zu Monat wachsende Schwierigkeiten zu überwinden gehabt. Sie sei gewöhnt, von Interessentenleihe Überreizungen zu hören und sich Forderungen gegenüberzusetzen, die nicht erfüllt werden können. Die zahlreichen Unterhaltungen, die bereits auf der Reise gepflogen worden seien, hätten gezeigt, daß trotz allen guten Willens auf allen Seiten auch in der östlichen Landwirtschaft und ganz besonders der Grenzbezirke Fehlerquellen lägen, die beseitigt werden müssen. Sie hätten in weitem Maße in der Vergangenheit verhindert, daß wohlgemeinte Pläne vom Reich und von Preußen erfolgreich hätten durchgeführt werden können. Früher sei es möglich gewesen, im Reichstag Anträge zu stellen, auf Grund deren Hunderte von Millionen und dann fortschreitend geringere Summen bewilligt worden wären. Diese Zeiten seien vorbei. Agitationsanträge würden nicht mehr ernst genommen. Die Zeit sei zu nüchtern, um unverantwortliche Pläne zu verfolgen. Mit Mitteln, die trotz mancher Fehler der Vergangenheit bewilligt worden seien, müßte der höchste Ruhezustand erreicht werden, insbesondere im Osten. Das sei nicht leicht, denn die Regierung stoße oft auf Widerstand und Mißverstehen.“

Der Reichszentralrat hat angedeutet, daß aus parteipolitischen Gründen die Arbeit des Reichs und Preußens für den Osten agitatorisch verkleinert und sabotiert wird. Er hat heute in Königsberg eine neue Erfahrung auf diesem Gebiete machen können. Die deutschnationale „Ostpreussische Zeitung“ begrüßt ihn mit einem Artikel des deutschnationalen Landtagsabgeordneten Renkel, in dem es heißt:

„Wesentlich sei vor allem festzustellen, ob die Regierung stark genug sein werde, der Durchsetzung der Absichten, die der Ministerpräsident Braun unter mißbräuchlicher Anwendung der Ostpreußenhilfe auf Ostpreußen habe, energisch entgegenzutreten. Es sei zu hoffen, daß die führenden ostpreussischen Persönlichkeiten Brünning bei seinem Besuch ohne jede Beschönigung sagten, was in der Osthilfe gespielt werde und welches der hohe politische Einschlag sei.“

Hier ist nicht nur Mißverstehen, sondern Böswilligkeit und Verkümmung wider besseres Wissen — zugleich aber auch das Geständnis, daß die wahre Not der Landwirtschaft für die Renkel und Konfessionen nur ein Agitationsmittel gegen die Preußenregierung ist, und daß sie die Hilfe sabotieren!

Gandhis Gefängnis-Jubiläum.

Mohammedaner nehmen am Proteststreik teil.

Bombay, 6. Januar. (Eigenbericht.) Gandhi saß am Montag 8 Monate im Gefängnis. Aus diesem Grunde hatten die Hindus einen Trauertag festgesetzt, der zu einem Generalkstreik für die Hauptstadt wurde. Die Moslems hatten sich ihm angeschlossen. Angesichts der nahenden Entscheidung der englisch-indischen Konferenz herrscht zur Zeit völliges Einverständnis zwischen Hindus und Mohammedanern.

„Nationaler“ Energieschwindel

Oder wozu braucht man Holentzler?

Die Offenheiten des Zentrumsführers Raas über Wert und Bedeutung der Hitlerpartei haben bei allen Raucherführern vor dem Holentzler Entsetzen erregt. Besonders aufgeregt zeigte sich das Organ des Reichslandbundes, die „Deutsche Tageszeitung“. Zwar muß auch sie eingestehen, daß „kein Mensch von Geist und Geschmack sich mit gewissen Formen der nationalsozialistischen Agitation oder gewissen Primitivitäten ihres politischen Denkens und Handelns zufrieden geben werde“, — aber, und damit hebt sie warnend den Finger, man dürfe doch „die starken nationalen Inponderablen nicht verkennen, die nicht nur der nationalsozialistischen Bewegung ihren Aufschwung, sondern vor allem der nationalen Bewegung schließlich einen neuen Schwung beinahe verloren geglaubter Energien gegeben hätten“.

Das gibt nun wieder der „Germania“ Anlaß zu folgenden wohl- abgewogenen Bemerkungen:

Das sieht beinahe so aus, als ob diese nationalen Energien erst durch die Nationalsozialisten in Deutschland wiedergeboren worden seien, nachdem man sie verloren hätte. Wir haben dem Nationalsozialismus — er hat den größten Vorteil aus der wirtschaftlichen Konjunktur gezogen — gewisse ideale Beweggründe abgesprungen, trotz seiner Unmännlichkeiten und trotz seiner Rüdigkeiten, mit der seine Führer Politik zu treiben pflegen. Aber das durch den Nationalsozialismus erst wieder beinahe verloren gegangene Energien gemocht worden seien, das ist nicht nur eine Uebertreibung, sondern das erlauben wir uns ganz gehoramt anzusehen; denn darin liegt wohl der verstellte Vorwurf, die ganze deutsche Politik sei bislang nicht aus dem einseitigen Bestreben geführt worden, die ganze Kraft des nationalen Willens für das Wohl der Nation einzusetzen. Die Herren, die immer wieder leise oder laut eine solche Verdächtigung aussprechen, vergessen nur das eine, daß die Entfaltung des nationalen Willens allein nicht genügt, um außenpolitische Erfolge zu erzielen. . . . Daß die „blühende Ignoranz“ der Nationalsozialisten — oder hat die „Deutsche Tageszeitung“ beispielsweise das Rundfunkgespräch zwischen Dr. Heber und Professor Köhling nicht mit angehört? — mit Sachlichkeit absolut nichts zu tun hat, dafür liegen tägliche Beweise vor.

Die bürgerlichen Parteien, die vor dem großen Hitler auf dem Reichsrufer und die „nationale Energie“ der Holentzler befehlen, verurteilen sich selber zur kläglichen Rolle, indem sie sich selber bezüßeln, in nationalen Dingen weniger energisch als andere zu sein. Auf solche Weise wird eine Art Rasteneinstellung hergestellt, wobei die oberste Klasse das Monopol der besten Nationalgesinnung hat, dann folgen in gemessener Abstand die anderen, und zum Schluß kommen als Varias die „Marzillen“, die „vaterlandslosen Gesellen“. Diesen Vollsatz können wir von der Vorkriegszeit her: daß er jetzt wieder auflebt, ist nur ein Zeichen mehr dafür, daß die nationalsozialistische Welle in jeder Beziehung reaktionär wirkt.

Das Betreten der eigenen patentierten nationalen Bestimmung, das Verdächtigen und Beschmutzen aller anderen, das Schimpfen, Kreischen, Toben hat gar nichts mit „nationaler Energie“ zu tun. In dem Lebenswert beispielsweise eines Friedrich Ebert liegt mehr „nationale Energie“ als in allen Büchern, Reden und Schriften der Holentzler. Die ganze deutsche Sozialdemokratie hat ein ungeheures Werk der „nationalen Energie“ vollbracht, indem sie Deutschland aus dem Abgrund herausholte, in den es ein überfliegender Nationalismus hineingestoßen hatte. Dafür wird sie jetzt als vaterlandslos beschimpft.

Soll dieses Spiel noch einmal wiederholt werden?

Ein phantastisches Projekt.

Wirtschaftsanturbelung auf Kosten der Arbeitslosen?

Reichsfinanzminister Dietrich hat in Stuttgart über die Arbeitslosenversicherung gesprochen. Er hat angedeutet, daß es volkswirtschaftlich rationeller sei, mit den Geldern, die für die Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden, die Produktion anzukurbeln. Er hat ferner angedeutet, daß das Reich Lohnhilfen statt Arbeitslosenunterstützungen zahlen solle.

Das Projekt, von dem bisher nur diese dürftigen Stichworte bekannt sind, hat ein großes Loch: was wird während dieser Anturbelung aus den Arbeitslosen, die keine Unterstützung erhalten?

Der Zwischenfall von Neuhöfen.

Nachspiel vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 6. Januar.

Der vierte Strafprozeß des Reichsgerichts ist am Dienstagvormittag planmäßig in die Verhandlung des Spionageprozesses Biedrzyński eingetreten, der ein Nachspiel zum Grenzzwischenfall von Neuhöfen darstellt.

Der Angeklagte Adam Biedrzyński war polnischer Grenzschutzkommissar an der Grenze des Korridorgebietes gegen Ostpreußen. Er hat zusammen mit anderen polnischen Grenzbeamten längere Zeit bis zum 24. Mai 1930 Spionage gegen Deutschland betrieben. An diesem 24. Mai ist der Angeklagte mit einem zweiten polnischen Grenzunterkommissar über die Grenze gekommen, um von polnischen Agenten Spionagematerial abzuholen. Es war in Aussicht gestellt worden, daß die Uebergabe des Materials im deutschen Hofraum erfolgen sollte. Diesen zwei polnischen Beamten wurde aber kein Material ausgehändigt, sondern sie wurden festgenommen. Sie wehrten sich, versuchten zu flüchten und machten auf der Flucht von ihren Schusswaffen Gebrauch. Auch die deutschen Beamten schossen. Der mit dem Angeklagten Biedrzyński gekommene Unterkommissar wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. In der Verhandlung vor dem vierten Strafprozeß führt Reichsgerichtsrat Schöning den Vorfall, die Anklage vertritt Rechtsanwalt Nagel. Der Angeklagte wird durch Rechtsanwalt Wschonass aus Königsberg verteidigt. Der Angeklagte Biedrzyński wird beschuldigt, vom Oktober 1929 ab in einer sorgfältigen Handlung Landesverrat gegen die Interessen des Deutschen Reiches betrieben zu haben, und zwar im Sinne des Paragraphen 3 Absatz 1 und 2 und der Paragraphen 13 und 14 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse. Außerdem lautet die Anklage auf Vergehen gegen die Vorschriften, denn Biedrzyński ist ohne gültigen Paß über die Grenze gekommen, und auf Vergehen gegen die Bestimmungen des Waffengesetzes, weil er beim Grenzübertritt seine Dienstwaffe getragen hat, ohne im Besitze eines deutschen Waffenscheines gewesen zu sein. Die Öffentlichkeit ist zunächst wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen. Es wird nicht öffentlich verhandelt werden bis zur vollständigen Klarstellung der Vorgänge, die sich vor der Schließung am 24. Mai 1930 abgespielt haben.

Vor dem Zusammenbruch

Die kommunistische Streikwelle im Ruhrbergbau bricht zusammen

Mit aller Gewalt versucht die KPD, wenigstens die Lasten auf den Kopf zu stellen, nachdem es ihr wieder einmal mißlungen ist, das Wirtschaftsleben auf den Kopf zu stellen.

„Schlagt die Streikbruchorganisatoren“ schreit die KPD-Presse. Die Gewerkschaften der Bergarbeiter bestimmen nach wie vor, ob und wann sie zum Streik übergehen. Den gewerkschaftsfeindlichen kommunistischen Streikmachern und Streikverführern muß auf die Finger geklopft, sie müssen geschlagen werden, wenn sie sich herausnehmen der gewerkschaftlichen Taktik in den Rücken zu fallen und damit die Geschäfte der Unternehmer zu besorgen. Das verbrecherische Spiel mit den Gewerkschaften, die gegen ihre noch in Arbeit stehenden Klassenangehörigen und ihre Gewerkschaften aufgeführt werden, kann nicht zur enden. Die Gewerkschaften können diesem Spiel nicht ruhig zusehen und werden es in jedem Falle vereiteln. Sie werden nicht nach der Rostauer Pfeife tanzen, wie es die Angestellten der Rostauer Filialen in Deutschland tun müssen.

Heute hat die KPD. Glüd. Ein großer Teil der Zechen liegt still, weil heute der Tag der heiligen drei Könige, ein Feiertag ist.

Im Redlingerhauer Bezirk sind zur gestrigen Nachschicht von 91 000 Bergleuten nur 474 nicht eingefahren. Selbst wenn alle diese 474 Mann streikten ist hier der Streik erledigt.

Die Zechen im Dulsburger Bezirk melden übereinstimmend, daß die Arbeit von allen Belegschaftsmitgliedern fast vollständig aufgenommen worden ist. Das „Ruhr-Echo“ der KPD. erzählt trotzdem, daß der Streik verschärft weitergehe.

Die UfH. hat einige Belegschaften aufgemacht und die Sammelaktion abgelehnt, bis „mit einer breiten Propaganda und Agitationsarbeit für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die revolutionären Verbände“ verbunden werden soll.

Weshalb die KPD. die wilden Streiks im Ruhrgebiet angezettelt hat, das bedarf keiner Frage. Sie kommt jedoch in Verlegenheit, wenn sie angeben soll, welchen konkreten Zweck diese Streiks haben sollen. Eine Bahnführung ist bis jetzt nicht erfolgt. Die KPD. sucht sich aus dieser Verlegenheit herauszuwinden mit der Devise: „Streik für eigene Forderungen“. Also jedem seine eigene Forderung, jedem sein eigener Streik. Ist es auch Wahnsinn, so ist es doch Methode. Nur die durch völlige Unkenntnis genährte Verzweiflungsstimmung der „Massenbewegten“ Unorganisierten macht es erklärlich, daß die KPD. durch Terror einen Teil der Bergarbeiter in den wilden Streik treiben konnte.

Es ist ruhiger geworden.

Bochum, 6. Januar. (Eigener Bericht.)

Im Ruhrbergbau ist am Dienstag früh eine weitere Entspannung eingetreten. Auch von den besonders unruhigen Gebieten Hamborn und Moers wird eine verstärkte Arbeitsaufnahme gemeldet.

Die Gewerkschaften rechnen mit dem Erlöschen der Bewegung bis spätestens Donnerstag. Anscheinend ist von der Streikleitung selbst der Befehl zum Abblasen gekommen. Insbesondere auch auf den Zechen, die fast ganz in den Händen der Gewerkschaften waren. Auch die Erwerbslosenklassen sollen zurückgezogen worden sein.

Man fürchtet im kommunistischen Lager die kriselnde Entspannung vieler Funktionen der KPD. und eine Schwächung der eigenen Position. Darum sind auch auf der Zeche König Ludwig in Geiseltalchen die Mit-

glieder des Kampfausschusses wieder eingefahren. Die KPD. kündigt die zweite Welle des Angriffs nach dem 7. Januar an.

Die Gewerkschaften haben getan was sie konnten, um den von den Zechenbesitzern begonnenen Lohnanstieg auf friedlichem Wege beizulegen. Es liegt jetzt an den Unternehmern, bei den morgen beginnenden Verhandlungen zu zeigen, daß auch ihnen daran gelegen ist, den Frieden im Ruhrbergbau wieder herzustellen. Die Geister, die sie mit ihrer Forderung einer Lohnkürzung um 12 Proz. und ihren die Aussperrung androhenden Kündigungen gerufen haben, werden sie sonst nicht wieder los. Auch die organisierten Bergarbeiter haben kein Fischblut in den Adern. Die Herren sind gewarnt!

Zusammenbruch in der Hochburg.

Moers, 6. Januar.

Die Streikbewegung ist nun auch auf sämtlichen Schachtanlagen im Moerter Bezirk fast vollständig zusammengebrochen. Nachdem sich die Lage bereits gestern abend weiter erheblich gebessert hatte, sind heute die Belegschaften der Rheinpreußen-Schächte und der Gewerkschaft Diergardt-Neuß in Rheinhausen fast vollständig zur Frühsschicht angefahren.

Nur auf der Zeche Niederrheina in Neulirchen fehlen 210 Mann von 450 und auf der Zeche Friedrich-Heinrich in Elfrath 300 von 1850 Mann. Zu Versammlungen und Zusammenstößen ist es nirgends mehr gekommen.

Bei Schlägereien, die sich gestern abend in Rheinhausen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten ereigneten, ist niemand ernstlich verletzt worden.

Der Streik in Südwales.

Die Eisenbahner in den Konflikt einbezogen

London, 6. Januar.

Unter den 140 000 Bergarbeitern, die sich in Südwales im Ausstand befinden, macht sich eine beginnende Unruhe bemerkbar. Kommunistische Agitatoren hielten mehrere Versammlungen ab. Die Arbeiter halten jedoch zu ihren Gewerkschaften. Sie bezeichnen die Haltung der Unternehmer, deren Angebot sie am Sonnabend zurückwiesen, als unvernünftig.

Wie die Press Association erzählt, haben die Gewerkschaften die Auszahlung der Arbeitslosenversicherung an die 140 000 Ausständigen beantragt und zwar mit der Begründung, daß die von den Unternehmern angebotenen Bedingungen unangenehm sind.

London, 6. Januar.

Im Grubenbezirk von Südwales haben die Eisenbahngesellschaften 1500 Angestellte wegen der Rückwirkung des Bergarbeiterstreiks auf den Geschäftsgang entlassen. Bei weiterem Andauern des Streiks ist mit der Kündigung von einigen weiteren tausend Eisenbahner zu rechnen.

Diese Aktion der mit den Zechenbesitzern verbundenen Eisenbahngesellschaften ist ziemlich durchschlagig. Die Eisenbahner sollen gegen die Bergarbeiter ausgespielt werden und die Bahnleitung des Wirtschaftslebens gegen die Arbeiterregierung.

Im U-Boot zum Nordpol

Sverdrups bevorstehende Expedition

Oslo, 6. Januar.

Der norwegische Professor Sverdrup, der an Kapitän Wilkins U-Boot-Expedition unter dem Nordpolareis teilnehmen wird, hat aus New York die Nachricht erhalten, daß er nunmehr mit der Anschaffung der wissenschaftlichen Instrumente zur Expedition anfangen soll. Außerdem ist ihm mitgeteilt worden, daß der Bau des U-Bootes Mitte Januar beendet sein wird und daß die Probefahrten Ende Januar beginnen werden. Im Gegensatz zu den früheren Mitteilungen soll die Nordpol-Expedition des U-Bootes erst Mitte Juni von Spitzbergen aus beginnen.

Verschwundene Inseln im südlichen Eismeer.

Bekanntlich hat das norwegische Walfang- und Expeditions-schiff „Nornegia“ bereits vor zwei Jahren und auch im vorigen Jahr verschiedene Fahrten im südlichen Eismeer unternommen, um

Südsesineln, die bereits auf den Karten verzeichnet worden sind, wieder aufzufinden. Die „Nornegia“ ist dann am 4. Oktober 1930 zu einem neuen Streifzug von Kapstadt abgefahren. Vom 19. Oktober hat kreuzte das Schiff an der Ostküste des Südlischen Eismees. Am 11. Dezember befand sich das Schiff auf dem 63. Grad südlicher Breite und dem 70. Grad östlicher Länge, worauf es nördlich fuhr, um die Rimbrod-Inseln zu finden, die nicht zu finden waren. Zweimal 24 Stunden suchte das Schiff nach allen Richtungen die angegebene Position, ohne auch nur die geringste Spur von Land zu finden. Bei Notungen stellte sich heraus, daß der Meeresboden im Durchschnitt 4000 Meter Tiefe hatte und ziemlich eben war. Darauf fuhr die „Nornegia“ weiter, um die Dougherty-Insel zu finden, stellte aber fest, daß auch diese Insel, deren Position ebenfalls von Engländern angegeben worden ist, nicht vorhanden ist. An der fraglichen Stelle hatte das Meer eine Tiefe von 4000 Meter.

Offenbissiges Nationalgefühl.

Widerrechtliche Vermittlung polnischer Arbeiter an Arbeitgeber.

In einer kleinen Anfrage eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten wurde ausgeführt, im Kreise Stolz in Pommern seien vor kurzem 15 polnische Arbeiter und Arbeiterinnen ohne deutsche Ausweispapiere aufgegriffen und in das Gerichtsgefängnis eingeliefert worden. Durch Verfahren vor dem Schnellrichter in Stolz seien die Polen dann wegen unterdrückten Aufenthalt in Deutschland zu je 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Die Arbeitgeber im Kreise Stolz hätten sich diese Arbeitskräfte, ohne daß das zuständige Arbeitsamt wie auch das Bundesarbeitsamt gehört worden seien, durch Agenten widerrechtlich vermittelt lassen. Das Staatsministerium wurde gefragt, was geschehen sei, um auch die schuldigen Arbeitgeber und Gutsbesitzer zur Verantwortung zu ziehen. Wie der Amtsliche Preussische Pressedienst mitteilt, beantwortet der preussische Minister des Innern die Anfrage folgendermaßen:

Es trifft zu, daß die hier in Betracht kommenden 15 polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften vom 6. April 1923 bestraft und nach Verbüßung der Strafe abgeschoben worden sind. Gegen den Arbeitgeber und den Unternehmer sind wegen Verstößen gegen die Legitimierungsvorschriften (Bernehmung über die Einstellung und Beschäftigung ausländischer Arbeiter vom 2. Januar 1926) und gegen den Verbot, den Arbeitgeber auch wegen Aufstellung bzw. Aufforderung und Beihilfe zu Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften

(§ 1 Ziff. 11 der Verordnung vom 6. April 1923) Strafverfahren eingeleitet worden, die aber noch nicht abgeschlossen sind.

Maroffaner vernichten französische Patrouille.

Paris, 6. Januar. (Eigener Bericht.)

Ein blütiges Gefecht zwischen einer französischen Patrouille und einer Abteilung aufständischer Eingeborener wird aus dem mittleren Atlasgebirge in Marokko gemeldet. Nach einem amüslichen Kampf gelang es einer Abteilung von mehreren hundert Aufständischen, sich in die französische Postenkette einzuschleichen und eine Patrouille zu überfallen. Der kommandierende Offizier, ein Unteroffizier und elf Soldaten wurden getötet, sechs Soldaten schwer verletzt.

12 Kreis Steglitz-Dankwitz-Lichterfelde: Alle Genossinnen und Genossen nehmen geschlossen an der Trauerfeier für den erschossenen Genossen Schneider am Mittwoch im Sozialbau Friedrichshain teil. Treffpunkt 16 Uhr an der Kirche am Friedrichshain.

Achtung SPD-Fabrikarbeiter! Die zu morgen, Mittwoch, einberufene Fraktionsversammlung ist wegen der Trauerfeier für den ermordeten Genossen Willi Schneider auf Montag, den 12. Januar, verlegt worden.

Wetter für Berlin: Zeitweise heiter mit Nachfröhen. Tages-temperaturen nahe bei Null. Westliche bis nordwestliche Winde. — Für Deutschland: Im größten Teil des Reiches heiter mit verstreuten Nachfröhen. Auch im Nordosten langsame Beruhigung des Wetters.

Holsteins Kaffeendiebstahl.

Die Liebesbriefe der Fürstin Bülow und das Schicksal des deutschen Volkes.

Wer erfahren will, wie verberbt, verlogen und unfähig das Regime des letzten Hohenzollernkaisers gewesen ist, der muß die Denkwürdigkeiten des Fürsten Bülow lesen und das, was kritisch über sie geschrieben wird. Diese Denkwürdigkeiten sind das Selbstporträt eines Erbärmlichen, der sein Leben in Gefesselt von Erbärmlichen verbracht hat. Haß und Neid, Kabalet und Intrige regieren sie — kaum findet man den Hauch einer anständigen Regierung.

Unter den Kritikern findet man kaum einen, der Bülow zustimmt. Alle verurteilen ihn — nur daß oft in ihrer Darstellung die Dinge noch viel schlimmer aussehen als in der Darstellung des ehemaligen Reichstanzlers. Das gilt besonders von den Aufsätzen, die der bekannte Tübinger Geschichtsprofessor Dr. J. Haller in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht hat.

Prof. Haller beschäftigt sich da u. a. auch mit der Frage, warum Bülow in seinen Memoiren die Persönlichkeit Holsteins nur so flüchtig behandelt, und er kommt zu dem folgenden Ergebnis:

Der Fürst hätte sonst gestehen müssen, daß vom Herbst 1899 bis zum Frühjahr 1906 in der Regel gar nicht er selbst die Politik des deutschen Reiches bestimmt hat, sondern Holstein. Die Ursache habe ich schon vor Jahren angegeben, legt, da der Tod aller Beteiligten mich der Schweigepflicht entheben hat, kann ich sie aufdecken.

Die Fürstin Bülow besah aus ihrer frühen Jugend die Liebesbriefe eines damals viel bewunderten Künstlers, des Pianisten Carl Taubig, die in einer Kaffeebox im Schrein gehütet wurden. Diese Kaffeebox hat Holstein im Herbst 1899 entwendet und, nachdem er sich des Inhalts bemächtigt hatte, wieder an ihren Platz stellen lassen. Seitdem war Bülow, der bis dahin ziemlich selbständig sein Amt geführt hatte, in Holsteins Hand.

Der Vorgang spiegelt sich deutlich in den Akten. Er erklärt namentlich die erscheinende Rolle, die der Reichstanzler in den deutsch-englischen Bündnisverhandlungen gespielt hat, erklärt ebenso seine widerwärtige Unterordnung unter Holsteins Kriegspolitik in der Marokkofrage, erklärt die zarte Rücksicht, die er noch auf den Amtsentlassenen nahm, indem er ihn ständig um Rat fragen ließ, und erklärt auch die Art von Holsteins Sturz. Daß Tschirsky ihn hinter dem Rücken des tranken Bülow und „kaltblütig abgewürgt“ habe, ist gar nicht wahr. Das hätte der sehr korrekte, so ängstliche Tschirsky nicht gewagt. Bülow war gefragt worden und hatte seine Zustimmung zu ertönen gegeben, natürlich nur mündlich und ohne Zeugen.

Die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Darstellung müssen wir dem Prof. Haller überlassen. Man stelle sich aber nur vor, was da behauptet wird.

Ein Geheimrat bringt den Reichstanzler in skandale Abhängigkeit, indem er eine Kaffeebox mit Liebesbriefen der Kanzlerin stiehlt. Ein Dieb und Erpresser bestimmt den Gang der deutschen Außenpolitik und läßt den zum Schein „verantwortlichen“ Reichstanzler wie eine Marionette an seinen Fäden tanzen!

Daß Holstein ein wüster Spekulant war und zwischen seinen Börsenspekulationen und seiner Politik ein enger Zusammenhang bestand, ist ja schon bekannt geworden. Aber was Haller da erzählt, geht noch weit darüber hinaus und klingt wie ein orientalisches Märchen.

Herr Prof. Haller wird nicht umhin können, die Beweise für seine Behauptungen zu erbringen. Das deutsche Volk hat ein Recht, zu erfahren, wie es regiert worden ist!

Heime für Schwererziehbare!

Eine sozialdemokratische Forderung im Rathhaus.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion bringt in der nächsten Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag folgenden Dringlichkeitsantrag ein:

Die bekannten Vorgänge im Landeserziehungsheim Scheuen haben erneut die Notwendigkeit einer gesonderten Unterbringung schwer erziehbarer jugendlicher Psychopathen ergeben. Wir beantragen daher:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: der Magistrat wird ersucht: 1. dem Mangel an geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten für schwer erziehbare jugendliche Psychopathen abzuhelfen, a) durch sofortige Verwirklichung von 120.000 Mark für die Herichtung des ehemaligen Gefängnisgefängnisses in Pantow zu einer Station für schwer erziehbare Psychopathen, und b) durch die Verfügbarmachung eines der leerstehenden Häuser der Kinderheilstätten in Buch zu dem gleichen Zweck; 2. den von der Hauptprüfungsstelle vorgeschlagenen Personalabbau in den städtischen Fürsorgeerziehungshelmen nicht vorzunehmen, und 3. das leerstehende Obdachloshaus in Neudölln für die Errichtung eines Jugendwonderhelms zur Verfügung zu stellen.

„Zweierlei Moral“.

Atrium.

Wenn ein Mann die achten Perlen seiner Frau seiner Geliebten schenkt und seinen Gattin als Erbschaft eine Amalation in den Schmuckkasten schmuggelt, der Berehrer der Frau aber die Amalation stiehlt, um durch raffinierten Umtausch die echte Perlenkette der rechtmäßigen Besitzerin zugestehen; dann gibt es natürlich Bewildungen in Halle und Halle. Die sind nach Bruno Franke's Bühnenwert „Perlenkomödie“ für das Drehbuch gut ausgenutzt worden.

Jedoch holt Gerhard Lamprechts Regie nicht alle Möglichkeiten aus dem Stück heraus. Man fühlt die Belastungen durch den Tonfilm, der auch diesmal wieder, wie leider schon so oft, den Film zu einer Angelegenheit verhindesteter optischer Möglichkeiten werden läßt; wie geschmacklos ist manche Kulisse, wie unschön wirkt manche Einstellung des Photographen und wie steif ist oft das Spiel.

So kommt die schöne Eiga Brink gar nicht aus sich heraus, während Hilde Hildebrandts Leistung unfertig ist. Hingegen ist Arthur Wäcker ein famoser Generaldirektor, ein Eitel vom Scheitel bis zur Sohle. Der Schauspieler bringt es bei anerkennenswerter Selbstbeherrschung fertig, auch nicht ein Schönheitspflißerchen für sich selbst aufzusetzen. Walter Rilla wirkt interessant und lebenswert bei wohlwollender Zurückhaltung. Ida Büß ist famos als lästige, klatschfüchtige Dame. Ein Sonderlob verdient Arthur Bergen, der die kleine Rolle des Delektios höchst markant und heiter/eu erweckend gestaltet.

Welch! wird viel und herzlich. Das darf den Regisseur jedoch nicht veranlassen, gar zu eifrig Partisane einzusammeln; beim ein Film mit gutem Manuskript muß besser gearbeitet werden und Lamprecht selbst ist unbedingt dazu fähig.

In den Netzen einer Betrügerin.

Die Vergehen des Rechtsanwalts Oberwinter.

Viele Berliner Anwälte mußten sich in den letzten Jahren auf den Kassegebühren in den Moabitischen Gerichtshöfen niederlassen. Der Fall des Rechtsanwalts Oberwinter, der heute vor dem Schöffengericht Tempelhof verhandelt wird, schlägt aber aus der Reihe der üblichen Anwaltsdelikte. Die Frau, die ihm zum Verhängnis geworden, ist angeblich wegen Betrügereien in Steashaft; der Rechtsanwalt Oberwinter wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Es werden ihm 29 Fälle des Betruges und 10 Fälle von Untreue zur Last gelegt.

Der Angeklagte ist der Sohn eines Kaufmanns. In Westfalen im Jahre 1885 geboren, besuchte er zuerst die Volksschule, dann das Gymnasium, machte im Jahre 1909 sein Referendarexamen und fiel im Jahre 1914 durch das Affessorerexamen durch. Er nahm als Referendarexaminant am Kriege teil, erhielt einen Kopfschuß, machte im Jahre 1919 sein Affessorerexamen und nahm eine Syndikatsstelle bei dem Siegen-Solinger Geschäftsberein an. Als er im Jahre 1926 wegen Auflösung dieses Vereins in Berlin seinen Posten verlor, hatte er ein Gehalt von 650 Mark monatlich. Er versuchte zuerst, selbstständig als Anwalt zu arbeiten, assoziierte sich dreierlei Jahre später mit einem anderen Anwalt, war aber gezwungen, das Verhältnis zu lösen, da er seine Pflichten vernachlässigte. Eine läbliche Gemohnheit, die er sich schon als Student zugeeignet hatte, nahm überhand: Rechtsanwalt Oberwinter ist ein A. Nicht selten mußte er aus der Kneipe zur Sprechstunde geholt werden, auch seine Klienten (Mädchen dort liegen, es ergingen Verurteilungsurteile gegen seine Klienten, weil er zu den Terminen einfach nicht erschien. Jetzt kaufte er die Praxis des Justizrats Schlegel und ging Bureau-gemeinschaft ein mit dem Notar Schlegel. Seinen Anwaltspflichten kam er nicht besser nach als früher. Er sprach dem Alkohol nicht weniger zu denn zuvor. Im Winter 1929 lernte er auf dem Landgericht II durch einen Mandanten Frau Götte kennen. Sie flocht ihm ihr Leid, erzählte ihm, daß sie eine Erb-

schaffsangelegenheit zu führen habe, kein Anwalt aber ohne Vorschuß für sie arbeiten wolle, und zeigte ihm am selben Nachmittag in seinem Bureau eine Notariatsurkunde, aus der hervorging, daß sie eine Erbschaft in Höhe von anderthalb Millionen zu erwarten habe. Auf der Notariatsurkunde war auch die Kostenrechnung der Notariatsgebühren zu lesen. Sie legte ihm ferner eine Honorarrechnung ihres früheren Anwalts vor und eine Bescheinigung, aus der hervorging, daß er für Sonderbemühungen noch 20.000 Mark zu erhalten habe.

Rechtsanwalt Oberwinter war von der Egidienz der Erbschaft überzeugt. In dieser Ueberzeugung wurde er noch verstärkt durch einen Telefonanruf und durch die mündliche Bestätigung eines vertrauenswürdig Bekannten der Frau Götte. Sein Vertrauen an diese wurde selbst durch den Umstand nicht erschüttert, daß die Frau vier Wochen nach der ersten Bekanntmachung eine Strafe wegen Betruges antreten mußte. Rechtsanwalt Oberwinter erlangte für seine Klientin einen Strafurlaub und setzte seine freundschaftlichen Beziehungen zu der Frau G. fort. Diese brauchte Geld; sie brauchte immer mehr Geld zur Führung ihrer Erbschaftsangelegenheit. Rechtsanwalt Oberwinter besorgte ihr das Geld — auf Kosten seiner Mandanten. Er nahm Vorschuß; anstatt aber die Gelder zur Führung der Sache seiner Klientin zu verwenden, führte er sie an Frau Götte ab. Bis eines Tages — es war am 9. Juni 1930 — der Notar Schlegel beim Gericht erschien und erklärte, daß sein Sozias, Rechtsanwalt Oberwinter, seit Sonntag verschollen sei und bereits seit zwei Wochen seine Praxis nicht mehr ausübe. Einige Zeit darauf wurde Rechtsanwalt O. in einem Café verhaftet.

Der Angeklagte, der recht wirre Angaben macht, aus dem die Antworten nur mit Mühe herauszuholen sind, hat selbst noch im Gefängnis an die Echtheit der Frau G. geglaubt. Heute scheint er allerdings seinen Glauben verloren zu haben. Als pächterischer Sachverständiger ist Dr. Emers anwesend. Die Verteidigung hat Rechtsanwalt Dr. Sidney Mendel übernommen.

Die Grippewelle.

Genügend Betten in Berliner städtischen Krankenhäusern.

Die außerordentlich schwankende Witterung der letzten 14 Tage hat ein erhebliches Anwachsen der Grippe zur Folge gehabt.

Im Anschluß an eine Besprechung, die gestern im Hauptgesundheitsamt stattfand, wurden von den Ortskrankenkassen und den leitenden Direktoren der Berliner Krankenhäuser eingehender Bericht über den Stand der Erkrankungen erstattet. Danach besteht in der Tat eine Grippewelle und in den letzten Tagen ist abermals ein leichtes Anwachsen der Erkrankungen zu verzeichnen. Die Zahl der Grippekranken ist zurzeit etwas höher als im Vorjahr, liegt aber wesentlich unter der Erkrankungsziffer vor zwei Jahren, als zu Weihnachten 1928 die Grippe geradezu einen epidemischen Charakter trug.

Die Gerichte, daß die Krankenhäuser bereits überfüllt seien, entsprechen keineswegs den Tatsachen. Bisher sind in den Berliner Krankenhäusern noch nicht einmal alle eintägigen Betten belegt. Außerdem verfügen die verschiedenen Krankenhäuser über 400 Reservbetten; hinzu kommen 270 Betten in den geschlossenen Krankenhäusern Gieselerstraße und Blankenburg, die im äußersten Bedarfsfälle gleichfalls zur Verfügung stehen.

Die Grippewelle wird von den zuständigen Stellen genau überwacht und es werden alle zur Verfügung stehenden Abwehrmaßnahmen angeordnet. Im großen und ganzen kann wohl gesagt werden, daß zur Beunruhigung bisher kein Grund vorliegt.

Der Ueberfall in der Calvinstraße.

250 Mark Belohnung ausgesetzt.

Der Ueberfall auf die Hausverwalterin Dahlke in der Calvinstraße 1 hat zur Aussetzung einer Belohnung von 250 Mark geführt. Bisher war es der Kriminalpolizei noch

nicht möglich, über die flüchtigen irgendwelche Anhaltspunkte zu gewinnen. Ob sie im Zusammenhang mit dem am Montagabend verübten Ueberfall auf die Hausverwalterin Frau Paulus in der Brüllerer Straße 34 stehen, kann zur Zeit noch nicht gesagt werden. Daß sie in beiden Fällen mit den üblichen Verhältnissen genau vertraut waren, ist sicher. Sie müssen die Frauen vorher beobachtet und gewußt haben, daß diese größere Summen zum Abholen bereithielten. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß Leute, die von dem einfallenden Geilde wußten, ohne böse Absicht, lediglich aus Unvorsichtigkeit, darüber gesprochen haben und daß die Räuber das gehört haben. Personen, die irgendwelche Beobachtungen gemacht haben oder sonst zur Aufklärung beitragen können, werden gebeten, sich bei Kriminalkommissar Werneburg im Raubbezirk A 5 des Polizeipräsidiums zu melden.

Liebestragödie in Charlottenburg.

Liebhaber schießt auf Mädchen und tötet sich selbst.

Lauter Hilferufe einer Frau alarmierten heute vormittag die Angestellten eines Hotels am Stuttgarter Platz in Charlottenburg. Am Montagabend waren dort ein 27 Jahre alter Schächter Alexander Kobus, der in der Petersburger Str. 38 wohnte, und eine 21 Jahre alte Rosa Husky abgepflegen. Beide waren seit einiger Zeit befreundet. Aufsehend hat das Paar zunächst versucht, sich mit einem Betäubungsmittel umzubringen. Als das fehlschlug, muß der Mann am Dienstagsvormittag auf seine Begleiterin gegen ihren Willen geschossen haben. Der Schuß brachte dem Mädchen eine schwere, aber nicht lebensgefährliche Verletzung bei. Als Kobus hörte, daß auf die Hilferufe Leute herbeikamen, richtete er die Pistole gegen sich selbst und brachte sich einen Schuß in den Kopf bei, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. Das angehende Mädchen wurde nach dem Westend-Krankenhaus gebracht, die Leiche des Schächters nach dem Charlottenburger Schauhaus.

Hunger zwischen Luxus.

Arbeitslose als Apfelhändler in New York.

New York, im Dezember.

Das Straßenbild ist um eine Szene reicher. Ueber Nacht sind sie aufgetaucht. Einer hatte die Idee . . . John, Hunderte, Tausende machen es nach!

Wenn man letzte Woche „Down Town“ fuhr, sah man sie nur vereinzelt. In dem belebten Wall-Street-Biertel wirkten sie seltsam, unwirksam, sinnlos. Heute findet man sie schon überall; an jeder Straßenecke stehen sie, an jedem Ein- und Ausgang der Untergrundbahn; ja selbst mitten auf den belebtesten Bürgersteigen haben sie sich postiert: Kleinlich gekleidete Gestalten mit rotgefrorenen Gesichtern. Sie treten von einem Fuß auf den andern . . . es ist bitter kalt.

An ihren Hüften tragen sie ein Schild mit roten Lettern: „Unemployed, buy apples!“ und ein Kistchen steht neben ihnen; es ist gefüllt mit rotwangigen Äpfeln, die sie selbsthalten, 5 Cents das Stück.

„Unemployed, buy apples!“ (Beschäftigungslos, kauf Äpfel!) rufen die Blakate, die ihnen um den Hals hängen.

„Sweet apples, nice apples!“ rufen die vom Frost blauen Lippen.

Kein Schuhmann jagt sie weg; sie haben ein Privileg: Sie sind arbeitslos. Ihre Zahl ist Legion, ihre Schicksale wirken drückend, niederdrückend. Man sieht zur Seite, wie beim Anblick eines Bettlers, und muß doch immer wieder hinschauen. Hundertmal hat man es schon gelesen, und man liest es immer wieder.

„Unemployed, buy apples!“

Vor einem eleganten Warenhaus: Die Auslagen zeigen Teppiche von unermesslichem Wert; augenlose Puppen von unnatürlicher Schönheit präsentieren Abendkleider, die im Glanz glitzern. Am Randstein stehen herrliche Wagen, die der einkaufenden Dame trotzen.

„Apples, buy apples!“ Klingt es dazwischen wie eine Klage. Eine Dame im Pelz geht vorüber, ein ausgestreckter Arm hält ihr einen roten Apfel entgegen. „Only 5 cents!“ Sie wird rot und hastet vorbei. Was sie wohl gedacht hat?

Zwanzig Schritte weiter steht wieder einer, jung und stark. Ein Riese. Er hält einen Apfel hoch über dem Haupte.

„Buy an apple, only 5 cents!“ klingen seine Mahnung, feiner hört . . .

„Only 5 cents!“ ruft er beschwörend; niemand achtet feiner.

Da geschieht das Unerwartete. Er betrachtet ihn einen Augenblick und . . . mit hungriger Gier verzehrt er ihn selbst.

„Unemployed, buy an apple!“ ruft der kauende Mund.

M. Sternau.

Vortragsabend von Friedrich Moest.

Veranstaltet von der Volksbühne.

In der Aula des Gymnasiums zum Grauen Kloster las Friedrich Moest auf Einladung der Volksbühne aus den „33 Anekdoten“ von Wilhelm Schäfer. Schäfer erzählt nicht in rascher Steigerung. Er schließt zahllose winzige glitzernde Flächen, Bruchstücke des Ganzen, aus denen doch schon das Ganze leuchtet. Man muß diese Berichte in langsamer Behaglichkeit bringen, sie glihern lassen, bei der Betrachtung besonders hübscher Reflexe beschaulich verweilen. Moest las die Anekdoten und Erzählungen in überhastetem Tempo, auf die lange hinausgezögerten Pointen hinziehend. Die nicht sehr günstige Akustik des Raumes war diesem Vortrag besonders ungünstig; breite Strecken der Rezitation verschlangen in Fortlosigkeit. Freundschaft für Moest, der sich sonst bei Volksbühnen-Anstellungen oft bemüht hat, Freude an einzelnen humorvollen Bildern stehen trotzdem am Schluß Beifall aufklingen.

Dr. Max Dert hält auf Einladung der Volksbühne sechs Bilderberichte über das Thema: „Theoretisches und Praktisches in Kunstverständnis.“ Die Vorträge haben im Ordo des Künstlerbundes zum „Wald“ Straße 7a statt. Der erste am Samstag, dem 10. Januar, 10 Uhr. Einladungen 70 H. für alle sechs Vorträge 3,50 M. am Eingang des Hörsaals.

Ein Alarmruf: Denkt an die Kinder!

In Verfolg seiner Amstoge über die gesundheits-schädigenden Auswirkungen der Arbeitslosigkeit erhielt Genosse Dr. Moses von Prof. Dr. Moro, dem Direktor der Universitätskinderklinik Heidelberg, folgendes Schreiben:

Sehr verehrter Herr Kollege

Ihr erstes Schreiben vom 18. November ist nicht in meine Hände gelangt. Deshalb komme ich erst heute dazu, Ihre Anfrage zu beantworten. Mit dieser Verzögerung sind jedoch Vorteile verbunden. Einmal, daß ich so in der Lage bin, die Ausführungen meiner Fachgenossen, der Herren Czerny, Koeggerath und Schloßmann in allen einzelnen Punkten zu bestätigen, ferner die Monate November und Dezember mit in Betracht zu ziehen, und endlich bei einem Punkt der Antwort des Abteilungsleiters im Hauptgesundheitsamt Georg Wolff anzuknüpfen.

Dort heißt es: „Ich glaube nicht, daß heute schon irgendein Arzt, sei er Kliniker oder Hygieniker, im wesentlichen andere als gefühlsmäßige Äußerungen über die Auswirkung der Arbeitslosigkeit vorzubringen vermag.“ Dieser Ansicht kann ich mich leider nicht anschließen. Ich kann zwar kein statistisches Material beibringen, wohl aber auch ohne solche Belege mit großer Wahrscheinlichkeit ausagen, daß, in meinem Tätigkeitsbereich wenigstens, die Mißstände bei den Kindern, die ohne Zwang und Zweifel, mittelbar oder unmittelbar auf die Arbeitslosigkeit ihrer Eltern zurückzuführen sein dürften, zu schlimmen Befürchtungen Veranlassung geben.

Diese Mißstände erinnern in lebhaftester Weise an die ärgste Not der Kriegsjahre. Berührung und Verlausung, die seit Jahren geschwunden waren, beginnen wiederum häufiger zu werden. Wäsche und Bindeln sind vielfach in einem entsetzlichen Zustand. Die Kinder werden nicht gebadet, „weil keine Kohlen zum Heizen da sind“. Die Fürsorge wird zuweilen deshalb nicht aufgesucht, „weil die Kinder im Winter nicht genug zum Anziehen haben“. Wäsche ist zwar vorhanden, aber der Anzug fehlt. Die ärztliche Hilfe in der Ambulanz wird zu spät aufgesucht, „weil das Fahrgehalt nicht aufzubringen war“. In letzter Zeit kam es wiederholt vor, daß die Mutter zwar die Herfahrt bezahlen konnte, aber für die Rückfahrt angeblich kein Geld übrig hatte. Die Kosten dafür mußten aus der Ambulanzkasse oder aus der Tasche der Assistenten bestritten werden.

Sehr auffallend ist die starke Abnahme der Einlieferung kranker Säuglinge. Ich will es nicht wagen zu glauben, daß hier zumellen Gleichgültigkeit dahinter steckt, kann mich aber von solchen Gedanken nicht völlig frei machen.

Kiraphtie und englische Krankheit, die seit 4 Jahren

zuzufügen von der Bildfläche verschwunden sind, sieht man wiederum in diesem Winter.

Was aber das Schlimmste ist, und seit dem Kriege nicht mehr beobachtet wurde: Ältere Kinder mit Kopfschmerzen, Blutarmut, Ohnmachtsanfällen und Schwindel tauchen neuerdings wieder auf. Es gehört kein großer Scharfsinn dazu, diese Zustände mit den Angaben über die Art der Ernährung in Zusammenhang zu bringen, und sie als Folgeerscheinungen des Hungers zu deuten.

All diese Mißstände und Schädigungen haben sich in den letzten Monaten, seit Oktober etwa, vermehrt und verstärkt. Es erscheint mir zweifelhaft, daß sie nur auf den Rückfällen der kalten Jahreszeit beruhen. Wenn das Bild schon heute so ist, wie soll es in der nächsten Zukunft werden? Die

Popularisierung der Vitaminschule hat in den letzten Jahren reiche Früchte getragen. Dieser Segen hat aufgehört zu wirken, wenn wir mit Schrecken wahrnehmen müssen, daß Kleinkindern Gemüse kaum mehr, Obst und Fruchtstücke überhaupt nicht mehr verabreicht werden, weil all diese Dinge „zu teuer“ sind. Ist bei solcher Sachlage nicht wiederum das Auftreten von Stomatitis und anderen Vitaminsosen zu befürchten, die man seit bald 10 Jahren nicht mehr zu Gesicht bekommen hat?

Ich möchte Ihnen von Herzen wünschen, daß Sie, sehr verehrter Herr Kollege, mit der geplanten Aktion mehr erreichen könnten, als das eindrucksvolle Verhalten ungeheuren Glatts, das ohnedies keinem offenen Auge verborgen bleiben kann.

Mit verbindlichsten Grüßen und Empfehlungen ergebend
Moro.

Die Säuglingsschwester Neue Ausbildungsvorschriften für das ganze Reich

Bis vor kurzem war die Ausbildung der Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen in Deutschland nicht einheitlich geregelt. Es bestanden in den einzelnen Staaten große Unterschiede in der Art und Dauer der Ausbildung. So betrug diese in Bremen, Hamburg, Lübeck, Preußen und Thüringen 2 Jahre, während sie in Anhalt, Bayern, Mecklenburg-Strelitz nur 1 Jahr dauerte. Dies hatte natürlich zur Folge, daß die in einem Staate erworbene Anerkennung nur dann von einem anderen Staate bestätigt wurde, wenn sie unter denselben Voraussetzungen erworben wurde wie bei ihm. So wurde z. B. eine bayerische Säuglingspflegerin in Preußen nicht anerkannt und erfuhr dadurch bei ihrer Einstellung in Preußen verschiedene Nachteile.

Es ist nun gelungen, die Ausbildung im Deutschen Reich einheitlich zu gestalten. Die in einem Staate erworbene Anerkennung hat jetzt Geltung für das ganze Deutsche Reich.

Bei der jetzigen Ausbildung werden zwei getrennte Berufsarten unterschieden:

1. die staatlich anerkannte Säuglings- und Kleinkinderpflegerin für die Pflege in der Familie,
2. die staatlich anerkannte Säuglings- und Kleinkinderschwester oder auch Säuglings- und Kleinkinderkrankenpflegerin genannt für die Pflege des Kleinkindes.

Die „Pflegerin“ ist in erster Linie für die Pflege und Erziehung des gesunden Säuglings und Kleinkindes bestimmt,

die „Schwester oder Krankenpflegerin“ für die Pflege des erkrankten Säuglings bzw. Kleinkindes.

1. Die Ausbildung der Pflegerin dauert ein Jahr; sie erfolgt in einer staatlich anerkannten Pflegeschule. Sie erstreckt sich auf:
 - a) die Säuglings- und Kleinkinderpflege,
 - b) die Beschäftigung und Erziehung des Kindes,
 - c) den hauswirtschaftlichen Unterricht.

Nach bestandenen Examen erhält die Schülerin eine staatliche Anerkennung als Säuglings- und Kleinkinderpflegerin.

2. Die Ausbildung der Schwester dauert zwei Jahre; sie erfolgt in einer staatlich anerkannten Schwesternschule.

a) In dem ersten Unterrichtsjahr ist die Ausbildung dieselbe, wie sie die Pflegerin hat. Nach die Ablegung des Examins als Pflegerin ist vorgeschrieben.

b) In dem zweiten Unterrichtsjahr wird das Hauptgewicht auf die Pflege des kranken Säuglings und Kleinkindes gelegt. Der Unterricht erstreckt sich auch auf Infektionskrankheiten, die erste Hilfe, die Mütter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, die für die Schwester wichtigsten gesetzlichen Vorschriften insbesondere auf dem Gebiete der Sozialversicherung und der öffentlichen Fürsorge.

Nach bestandenen Examen erhält die Schülerin den Ausweis als Säuglings- und Kleinkinderschwester (=Krankenpflegerin).

Zulassungsbedingungen.

Notwendig ist:

1. abgeschlossene Volksschulbildung oder eine gleichwertige Schulbildung,
2. ein Führungszeugnis der Ortspolizei (Leumundzeugnis).

Bei Angehörigen einer staatlich anerkannten geistlichen oder weltlichen Schwesternschaft genügt das Zeugnis der Oberin, des Vorstehers oder anderer verantwortlicher Vorstandsmitglieder der Schwesternschaft.

3. ein bestimmtes Lebensalter, und zwar:
 - a) ein Mindestalter.

Die Pflegerin muß zur Zeit der Prüfung das 19. Lebensjahr vollendet haben, also bei Eintritt in die Schule das 18. Lebensjahr.

Die Schwester muß zur Zeit der Prüfung das 20. Lebensjahr vollendet haben.

- b) ein Höchstalter.

Die Pflegerin soll zur Zeit der Prüfung das 34. Lebensjahr nicht überschritten haben.

Die Schwester soll zur Zeit der Prüfung das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben.

4. ein Gesundheitszeugnis, das durch den Kreisarzt oder den ärztlichen Leiter der Pflegeschule auszustellen ist.
5. ein Wiederimpfschein.

Umschreibung der früheren Ausweise.

Diejenigen Personen, die sich im Besitz der staatlichen Anerkennung aus früherer Zeit befinden, können einen neuen Ausweis erhalten als Säuglings- und Kleinkinderschwester, der für das gesamte Reichsgebiet Geltung hat, und zwar:

1. sofort, falls ihre Ausbildung mindestens zwei Jahre nach den früheren landesrechtlichen Vorschriften dauerte,
2. falls die Ausbildung nur ein Jahr dauerte nur dann, wenn sie nach Erlangung der staatlichen Anerkennung wenigstens zwei Jahre an ärztlich geleiteten Säuglings- und Kleinkinderanstalten oder -fürsorgestellen tätig gewesen sind. Waren sie aber nur in der Privatpflege tätig, so können auch diese nach die neue Anerkennung erwerben, wenn sie bis zum 1. Oktober 1933 mindestens zwei Jahre in einer ärztlich geleiteten Säuglings- und Kleinkinderanstalt oder -fürsorgestelle Dienst tun. Eine Anerkennung nach dieser Zeit ohne Examen ist für sie nicht vorgesehen.

Derartige Anträge sind in Preußen an den für den Wohnort der Antragsteller zuständigen Regierungspräsidenten zu richten, in Berlin an den Polizeipräsidenten.

Ausnahmen.

Hedammen und Krankenpflegerinnen, die die staatliche Anerkennung als solche besitzen, wird die Ausbildungszeit als Säuglings- und Kleinkinderschwester um ein Jahr gekürzt. Sie brauchen nur den Lehrgang des zweiten Jahres besuchen. Es empfiehlt sich, daß diese Kürzungsgegense noch vor Eintritt in die Schule dem Vorsitzenden der Prüfungskommission vorgelegt werden. Dieser entscheidet auch über andere Ausnahmegesuche.

Von den Berufen, die zu dem ärztlichen Hilfspersonal rechnen, ist der Beruf der Säuglings- und Kleinkinderschwester der erste und einzige, der bisher im Deutschen Reich einheitlich geregelt ist. Hoffentlich folgen die anderen Berufe bald nach, insbesondere der der Krankenschwester, des Masseurs und der Technischen Assistentin. Auch die Ausbildung der Hebammen drängt zur Vereinheitlichung im Deutschen Reich.

Dr. Walter Lustig,
Oberregierungs- und Obermedizinalrat.

Ueberheilung

Das Geheimnis der Erhaltung des Organismus

Daß bei einem Knochenbruch die Bruchstelle durch Ueberheilung von Knochensubstanz immer etwas dicker ausfällt, als sie vor dem Bruch war, ist eine bekannte Tatsache; jede Narbe ist nichts anderes als Verdickung der beschädigten Hautstelle, die Natur sorgt also dafür, daß eine zweite Verletzung an derselben Stelle nahezu unmöglich wird.

Diese einfache Erfahrung läßt sich nun überraschenderweise überall in der Natur wiederholen, und zwar nicht nur bei außer-gewöhnlichen, sondern auch bei allen normalen Lebensprozessen: Jedes Lebewesen reagiert auf jede Lebensbetätigung (die so immer mit Verbrauch von Energie und mit Selbstanzverlust verbunden ist) derart, daß der Verbrauch nicht nur ausgeglichen, sondern noch überkompensiert wird. Der hervorragende Physiologe Wilhelm Ostwald, dem die Entdeckung zu danken ist, nennt dieses allgemeingültige Gesetz Ueberheilung: nur solange der Organismus zur Ueberheilung befähigt ist, ist er auch lebensfähig. Ist der Verbrauch so groß, daß die Fähigkeit zur Ueberheilung zum Erliegen nicht ausreicht, so stirbt der Organismus oder das betreffende Organ geschwächt zurück. Ist der Fehlbetrag zu groß, dann verfällt der Organismus dem Tode.

Es handelt sich bei dieser Erscheinung um eine Eigenschaft, die nur der organischen Welt zukommt. Selbst die Kristalle, die an Lebenserscheinungen erinnernde Fähigkeit haben, Verletzungen in einer etwas überflüssigen Mutterlage auszuheilen, zeigen nichts der Ueberheilung ähnliches. Die tote Natur erfährt lediglich den Verlust, nicht mehr und meist nicht einmal das. Woher die Lebewesen diese besondere Kraft nehmen, das ist allerdings noch völlig dunkel. Die Klärung dieser wichtigen Frage bezeichnet Ostwald als eine der großen Aufgaben späterer physiologischer Forschung.

Auf der Tatsache der Ueberheilung beruhen nun eine ganze Anzahl wohl bekannter Lebenserscheinungen. Zunächst das Wachstum! Zur Erhaltung des Daseins ist eine ununterbrochene Oxidation erforderlich, ein ständiger Verbrennungsprozeß, der die Substanz des Lebewesens aufzehren würde, wenn sie nicht durch die Nahrung ersetzt würde. Solange der Organismus jung ist, wird aber der Verlust „überheilt“ durch Substanzzunahme: der Organismus wächst — das Wachstum wird im Laufe der Zeit geringer. Es wird ein stehendes Gleichgewicht erreicht, bei dem der Ersatz gerade den Verlust deckt und schließlich überwiegt im Alter der Verlust, es findet keine Ueberheilung mehr statt. Das Lebewesen geht schließlich zugrunde.

Der natürliche Tod ist also die Folge davon, daß die Ueberheilung aufgehört hat. Man könnte sich nach Ostwald die Ueberheilung durch einen bestimmten Stoff, etwa durch ein Hormon verurteilt denken. Das Schwanden dieses Hormons würde dann den Tod zur Folge haben, und durch künstliche Zuführung des „Ueberheilungshormons“ ließe sich der Tod verzögern. Eine Perspektive, die nur phantasiehaft scheint, die aber im Rahmen der physikalischen Theorie durchaus folgerichtig ist.

Eine allgütige Erfahrung, auf der sportliches Training, Arbeitsleistung und jede Steigerung körperlicher Fähigkeiten überhaupt beruht, ist die Uebung. Durch Uebung wird der Muskel

gekräftigt und vergrößert, worauf aber die Vermehrung der Muskelsubstanz eigentlich beruht, das war bisher noch durchaus ungeklärt. Das Gesetz der Ueberheilung zeigt, daß der Muskel auf Beanspruchung durch Stärkung antworten muß. Beansprucht man einen Muskel zum Beispiel bis zu der Grenze, die er gerade noch ohne dauernde Schädigung aushält, so ist er zwar unmittelbar arbeitsunfähig. Es setzt aber alsbald die Ueberheilung ein, die nicht nur den Verbrauch ausgleicht, sondern den Muskel auch dauernd über seinen früheren Zustand hinaus stärkt. Die Natur schützt sich, ebenso, wie bei der Narbe und bei der Knochenverletzung an der Bruchstelle, gegen eine Wiederholung der gleichen Schädigung, denn jede starke Beanspruchung muß vom Organismus als Schädigung empfunden werden.

Die Tatsache, daß die Fähigkeit zur Ueberheilung in der Jugend am größten ist, erklärt gleichzeitig auch die andere, daß die Uebung den gewünschten Erfolg nur bis zu einem gewissen Alter haben kann. Sobald die Fähigkeit zur Ueberheilung wesentlich abgenommen hat, wirkt sich die Uebung wieder als Schädigung aus, weil der Stoffverlust nicht mehr ausgeglichen werden kann. Im Alter muß also Schonung an die Stelle der Uebung treten.

Die Fähigkeit zur Ueberheilung bleibt um so länger erhalten, wenn sie durch früh beginnende fortwährende Uebung wachgehalten wird. Andererseits spielt die Erholungszeit eine große Rolle; läßt man nach starker Beanspruchung dem Organismus nicht die notwendige Ruhe, um die Ueberheilung sich auswirken zu lassen, so ist Schädigung die unvermeidliche Folge. Eine Regel, die besonders im Sport größte Beachtung verdient und deren Bedeutung für den Arbeitsprozeß gleichfalls nicht unterschätzt werden darf.

In der gesamten Heilkunde kommt der Ueberheilung natürlich der erste Platz zu. Unter dem Gesichtspunkt der Ostwaldschen Lehre ist jede Heilung durch ein Medikament nichts anderes als die Auslösung eines Reizes, eine entsprechend abgemessene Schädigung, die den Körper oder ein einzelnes Organ zwingt, durch Ueberheilung mit der kleinen Schädigung auch die Krankheit zu beseitigen. Auf dieser Erscheinung beruht zum Beispiel die gesamte Homöopathie, die in der Ueberheilungstheorie eine einfache wissenschaftliche Begründung finden könnte. Ebenfalls hierher gehören natürlich die Veruche, eine Krankheit durch eine andere zu bekämpfen, wie zum Beispiel Paralyse durch Malaria.

Kühn erscheint allerdings dem unbefangenen Beurteiler Ostwalds Parallele zwischen der Naturtatsache der Ueberheilung und dem Auftreten des Genies. Da es häufig nachgewiesen ist, daß die Entstehung ausgezeichneter Menschen mit Anomalien, sei es bei den Eltern, sei es bei den genialen Menschen selbst, zusammenhängt, so glaubt Ostwald schließen zu dürfen, daß die Entstehung des Genies nichts anderes ist als eine Reaktion, nämlich der Ueberheilung. Eine wegen ihrer Einfachheit verlockende, aber zu sehr naturwissenschaftliche Folgerung, die das Wesen des Genies nicht erklären würde, wenn sie seine Leistungsfähigkeit auch begründete. Dr. H. Rebmann.

